

Pressemitteilung



vom 11. Mai 2007

Fraktion im Kreistag Neuss

Kreis-GRÜNE: Sparkassengesetz bringt Gensler in Versuchung

„Der vorgestellte Entwurf für ein neues Sparkassengesetz öffnet einer noch höheren Verschuldung der NRW-Kommunen Tür und Tor“, erklärt Erhard Demmer und fährt fort, „die Möglichkeit, so genanntes Trägerkapital auszuweisen, birgt die enorme Gefahr, dass in Zukunft Herr Gensler, als Kämmerer der Stadt Neuss in die Versuchung kommt, dieses Trägerkapital auszuweisen und hinterher diese Vermögenswerte in die eigene Haushaltsbilanz einzubringen.“

Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Kreistag erinnert daran, dass Gensler, anders als der Kämmerer des Rhein-Kreises Neuss, bereits mit der Einführung der Neuen Kommunalen Finanzsteuerung (NKF) einen solchen Vorschlag unterbreitet habe. Die Folge: Verluste aus Spekulationsgeschäften, die in Neuss in Zukunft bekanntlich anfallen, könnten durch eine weitere Schuldenaufnahme kompensiert werden, wenn das Trägerkapital in der Bilanz ausgewiesen wird.

Demmer: „Rechtzeitig vor der Kommunalwahl kann dann der Bürgermeister wieder den Gönner spielen und sich die nervigen Kürzungsdiskussion vom Hals halten.“

Eine zweite große Gefahr des Gesetzentwurfes besteht nach Ansicht des GRÜNEN darin, dass die Kommunen mittelfristig gezwungen sein könnten, wegen genau dieser neuen Schulden ihre Sparkasse oder Teile davon zu verkaufen. Bei einem solchen Verkauf nach Ausweisung von Trägerkapital bestünde die Gefahr, dass die EU auch Privatbanken erlauben würde, als Käufer einer Sparkasse aufzutreten.

Demmer hofft, dass der Landtag auf den Rat aller drei kommunalen Spitzenverbände und beider Sparkassen- und Giroverbände, die eine Ausweisung von Trägerkapital ablehnen, hört und damit Schaden für die Sparkasse im Rhein-Kreis Neuss abgewendet wird.